

Schwindel um die Rationierung

SED plant großangelegten Betrug an der Bevölkerung

Zu den Versprechen der 3. SED-Parteikonferenz im März geht die Aufhebung der Rationierung, nachdem die SED ein gleiches Versprechen am dem Jahre 1952 nicht eingehalten hat. Die jüngste Ulbricht-Erklärung setzt nun den Termin für die Aufhebung der Rationierung auf das Jahr 1957 fest. Gleichzeitig wird jedoch erklärt, daß die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung nur unter gleichzeitiger Erhöhung der Preise für die Hauptnahrungsmittel — und vermutlich auch für zahlreiche Konsumgüter — erfolgen kann. In der Bevölkerung herrscht verständliche Verwirrung über diese Erklärung. Mit gemischten Gefühlen erwartet man die 1957 fälligen wirtschaftlichen Maßnahmen der SED. Und es erscheint im Interesse vieler Zonenbewohner, diese Dinge näher zu beleuchten.

Bekanntlich hat die SED in ihrer gesamten bisherigen Propaganda die Preise der in der Sowjetzone bewirtschafteten Lebensmittel den entsprechenden — und meist weit höher als tatsächlich veranschlagten — Preisen in der Bundesrepublik gegenübergestellt und daraus irreführende Zahlen über den beiderseitigen Lebensstandard abgeleitet.

Führende SED-Funktionäre haben in diesem Zusammenhang erklärt, daß die Sowjetzone zu keiner Zeit die Lebensmittelpreise erhöhen werde. Der für die Versorgung der Bevölkerung verantwortliche Funktionär Fred Oelfner dementierte noch im vergangenen Herbst Gerüchte, wonach die SED die Rationierung nur unter gleichzeitiger Anpassung der Kartenpreise an jene der HO aufheben werde. Wie erklärt sich aber nun die Ankündigung Ulbrichts auf der letzten Sitzung des Politbüros?

SED sucht einen Köder

Die SED hat der Zonenbevölkerung mit der Verwendung der ihr gegebenen sowjetischen Kredite für schwerindustrielle Ziele eine furchtbare Enttäuschung bereitet. Sie ist darüber hinaus gezwungen, die Bevölkerung zu neuen Produktionsverpflichtungen und Arbeitsanstrengungen aufzurufen. Was sie dafür zu bieten hat, sind

Zukunftsgesänge, denen man nach einem Dutzend Jahren sowjetischer Besetzung auch bei bestem Optimismus keinen Glauben schenken wird. So muß die SED einen realen Hoffnungstropfen in die Schale der Geduld gießen: Die Aufhebung der Rationierung, die heute in der Zone wohl am häufigsten verlangte Maßnahme.

Fest steht, daß die SED bei entsprechender Verwendung der Sowjetgelder die Möglichkeit besitzen hätte, die Bevölkerung in angemessener Form mit Lebensmitteln zu versorgen. Fest steht aber auch, daß diese Gelder nun in Projekte wie die „Schwarze Pumpe“ und neue Industrie-Kombinate fließen werden. Somit besteht für die SED keine reale Möglichkeit, die Rationierung aufzuheben. Der Ausweg: Ein großangelegter Betrug!

HO erleidet keine Einbuße

Was Ulbricht plant, ist die Schließung der Preisschere Konsum-HO, die eigentlich erst erfolgen sollte, wenn beide Preisebenen einander fast angeglichen wären. Das heißt: Die Preise für jetzt noch bewirtschaftete Lebensmittel werden derart erhöht, daß der staatliche Schwarzmarkt im Gesamtverbrauch keine Geld-einbuße erleidet. Die SED muß eine Maßnahme durchführen,

für die sie wirtschaftlich noch nicht gerüstet ist. Die Normalverbraucher aber, die sich bisher von Karten und aus der HO ernähren mußten, werden in ihrem Haushaltsetat kaum Erleichterung verspüren.

Ein Vergleich mit den Lebensverhältnissen der Bundesrepublik aber ließe sich selbst bei günstigster Regelung nicht finden. Man betrachte heute einmal ein HO-Lebensmittelgeschäft und ein beliebiges Geschäft in Westberlin: Niemals vermag der sowjetzonale Handel dem Käufer eine Fülle so hochwertiger verschiedenartigster Lebensmittel zu bieten. Der westliche Käufer ist nicht Sklave eines gestiegenen Fleisch- oder Butterpreises. Durch vielfältigste Wahl der Nahrungsmittel hat er die Möglichkeit, seinen Speiseschrank dem Etat angemessen zu füllen, ohne auf Delikatessen verzichten zu müssen. Wie aber wird das bei der HO im Jahre 1957 aussehen?

Man hat das alles bereits einmal in der Tschechoslowakei aus gleichen Gründen durch-exerziert. Zum Schluß kamen gesteuerte „Leserbriefe“ in der „Rude Pravo“: „Gebt uns bitte die Lebensmittelkarten wieder!“ Soll es in der Zone ähnlich kommen? Die Bevölkerung will hier einen normalen Lebensstandard, und keine Karten-Betrugsmanöver! Die Schließung der unnatürlichen Preisschere bedeutet noch keine Hebung des allgemeinen Lebensstandards, wenn sie nicht von einer allgemeinen Normalisierung auf dem Konsum- und Lebensmittelmarkt begleitet wird. Solange man allerdings einen Ulbricht weiter mit der Schwerindustrie experimentieren läßt, wird dieser Normalzustand nicht erreicht.

Verständigung oder Gewalt?

DT. Die Alternative, mit der England und Frankreich an die Lösung des Suez-Konfliktes herangehen, ist von ihnen beängstigend klargestellt: es soll entweder eine diplomatische oder eine militärische Lösung geben. Anders ausgedrückt: Nasser wird entweder die Vorschläge der kommenden Suez-Konferenz annehmen, oder er soll von England und Frankreich zu ihrer Annahme mit militärischer Gewalt gezwungen werden. Paris hat das mit den drastischen Worten Pineaus, und London hat es mit vorbereitenden militärischen Handlungen in einer Weise deutlich gemacht, die kaum mißverstanden werden kann. Hier sind von beiden Mächten Positionen bezogen worden, die sie nicht leicht wieder aufgeben werden. Und Ägypten? Diese Frage beantwortet der „Manchester Guardian“: „Wenn Großbritannien wirklich meint, was es sagt, und wenn Präsident Nasser meint, was er sagt, dann wird es Krieg zwischen beiden Ländern geben.“

Und die UN?

Das Wort Krieg ist also bereits gefallen. Auch wenn Pineau sagt, entweder erkenne Nasser die Beschlüsse der geplanten Londoner Konferenz an, oder er werde gezwungen, sich ihnen zu unterwerfen, so ist zwar das Wort vermieden, aber gemeint ist Krieg. Krieg nämlich bedeutet die gewaltsame Durchsetzung des eigenen politischen Willens gegen einen anderen Staat, der sich zu Recht oder Unrecht diesem Willen widersetzt. Die geplante Londoner Konferenz ist noch ein schmaler, zeitlich und sachlich begrenzter diplomatischer Schutzstreifen, auf dem die Entscheidung zwischen der friedlichen und der kriegerischen Lösung des Suez-Konfliktes fällt. Wer baut hier die Brücke zu einer Verständigung?

Gegenüber dieser Frage fällt zunächst auf, daß noch keiner der Beteiligten sich im Ablauf des gefährlichen Streites an die Existenz der UN erinnert hat. „Alle Mitglieder der Vereinten

Nationen“, so heißt es in der Charta, „sollen ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und auf solche Weise regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht in Gefahr gebracht werden.“ Hierzu wird den Parteien eines Streitfalles im einzelnen empfohlen, „vor allem seine Lösung durch Verhandlungen, Untersuchung, Vermittlung, Beratung, Schiedsspruch, juristische Regelung, Rückgriff auf regionale Einrichtungen oder Verträge oder durch andere friedliche Mittel nach ihrer eigenen Wahl anzustreben“. Zur Vermeidung der Gewalt gibt also die Charta den Mitgliedern der UN viele gute Empfehlungen. Der Suez-Konflikt zeigt indessen, mit welchem peinlichen Kontrast heute Idee und Praxis einer internationalen Rechtlichkeit noch auseinanderfallen. In der ideologisch geteilten und teilweise nationalistisch erregten Welt von heute ist es gewiß schwer, diesen Kontrast zu mildern und auszugleichen. Aber die dringende Aufgabe bleibt gestellt, durch eine verbindliche Straffung und Verdeutlichung der Verpflichtung zu schiedsgerichtlicher und überhaupt rechtlicher Erledigung zwischenstaatlicher Streitfragen der Anwendung von Gewalt engste Grenzen zu setzen.

Was heute an strenger internationaler Verpflichtung zum Rechtsverfahren noch fehlt, das muß nun im Suez-Konflikt durch eine verständige Haltung aller Beteiligten ersetzt werden. Weder die wilden Reden, mit denen Nasser den widerrechtlichen Akt der Verstaatlichung begleitete, noch die ultimative Formulierung der Alternative, vor die England und Frankreich den ägyptischen Diktator stellen, sind ein psychologisch geeignetes Mittel solcher Verständigung. Auch wenn sie schließlich gelingen sollte, so bleibt fortwirkend doch mancher Gärstoff zurück.

Der Suez-Konflikt ist ein Schulbeispiel dafür, daß in der internationalen Politik kleine Ursachen große Wirkungen haben können. An seinem Anfang steht die einseitig und vorzeitig durchgeführte Verstaatlichung des Kanals. Dieser Wasserweg

war weder in seinem Ursprung noch in seiner späteren Funktion ein Werk der heute verfeimten Kolonialpolitik. Sein Bau war vielmehr ein großer Dienst an der gesamten Menschheit, zu dem die ägyptische Regierung vor hundert Jahren einer internationalen Gesellschaft die Konzession gegeben hat. Die Rechtswidrigkeit Nassers liegt in dem einseitigen Bruch dieser bis 1968 gültigen Konzession. Dennoch geht es in dem Konflikt nicht um die Korrektur der Verstaatlichung, zu der Ägypten nach Ablauf der Konzession ohnehin berechtigt gewesen wäre. Die gefährliche Zuspitzung des Konfliktes und sein eigentlicher Inhalt liegen in den Imponderabilien, die das ägyptische Vorgehen belasten. Da ist zunächst die Atmosphäre, die es umgibt: die wüste, feindliche und haßerfüllte Gebärde Nassers. Da ist, aus dieser Atmosphäre genährt, das englisch-französische Mißtrauen gegenüber einem Hüter des Kanals, der Nasser heißt. Da ist ferner die Furcht, daß der wichtigste und zugleich empfindlichste Schifffahrtsweg der Welt unter Mißachtung seiner vertraglich festgelegten Freiheit nationalistischen Interessen dienstbar gemacht werden könnte. Da ist schließlich, aus den Erfahrungen mit Hitler aufsteigend, die Sorge um den Präzedenzfall einer Schwäche, der die in Aufruhr und Verwandlung begriffene arabische Welt aus einer natürlichen Evolution heraus in eine revolutionäre Versuchung führen könnte.

Hier sind also, wie man sieht, begründete rechtliche und wirtschaftliche Interessen von echt internationalem Rang mit Fragen des politischen Prestiges Englands und Frankreichs bedenklieh verknüpft. Das Unrecht liegt dabei im Anfang, und der Anfang heißt Nasser. Sein Handeln hat das Risiko jeder Rechtswidrigkeit in den internationalen Beziehungen wieder einmal drastisch vor Augen geführt. Dieses Risiko liegt darin, daß der Urheber niemals genau weiß, wie die Betroffenen reagieren werden. Erfolgt die Reaktion in den Formen der Gewalt, dann er-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II
Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Deutschland - Frage lösen!

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat mit Nachdruck an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin appelliert, die bei der Genfer Konferenz getroffenen Vereinbarungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu erfüllen. Er sei beunruhigt über Erklärungen von sowjetischer Seite, aus denen hervorzugehen scheine, daß die sowjetische Regierung entschlossen sei, die Teilung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Eisenhower beantwortete mit diesem Appell den letzten Brief Bulganins zur Abrüstungsfrage.

Ist die Zone ein Staat?

Eine aufschlußreiche Stellungnahme

Bonn (DPA). Als eine „pseudostaatliche Tarnorganisation sowjetrussischer Fremdherrschaft“ bezeichnet Legationsrat Dr. Rumpf von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes im Bulletin der Bundesregierung die Sowjetzone. Unter der Überschrift „Ist die Sowjetzone ein Staat?“ schreibt Rumpf, die Frage, ob ein soziales Gebilde ein Staat sei, dürfe nicht mit der Frage verwechselt werden, ob anerkannte Staaten es als solchen anerkennen dürfen oder sollen. Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nicht-

Klammer zwischen Ost und West

Der Kirchentag in Frankfurt am Main

DT. Der diesjährige Evangelische Kirchentag in Frankfurt/Main führt zwar eine bereits festgegründete und bewährte Tradition fort, ist aber mehr als nur Glied in einer Kette. Dieser Kirchentag, der sich den Gedanken der Versöhnung in einer Zeit der Gegensätze und unüberbrückbar scheinenden Feindschaften zum Leitmotiv gewählt hat, steht ganz unter dem Eindruck des aktuellen Geschehens. Seine Aufgabe ist es nach den Worten des Kirchentagpräsidenten von Thadden-Trieblaff, nicht Politik zu treiben, doch stelle er ein „Politikum erster Ordnung“ dar.

Das bedeutet, daß der Kirchentag ein wesentliches Ereignis ist in dieser ereignisreichen Zeit. An ihm und an den durch ihn offenkundig werdenden Tatsachen kann keine politische Instanz vorbeigehen. Und die wesentlichste Tatsache ist, daß sich in Frankfurt 55 000 Menschen gleicher geistiger Grundgesinnung, davon 18 000 aus der Zone, frei zusammenfinden, trotz allen äußerlichen — politischen! — Hemmnissen und zeitbedingten Hindernissen, wie Zonengrenzen und unterschiedliche Regierungsformen. Die Kirchentage sind Klammern zwischen Ost und West, d. h. zwischen den deutschen Menschen in Ost und West, wiewohl sie nicht zur Angleichung der Regierungssysteme oder gar zur Annäherung der in

ihren politischen Grundkonzeptionen unvereinbaren „Macht-haber“ beitragen können.

Worauf es ankommt, ist diese menschliche Begegnung des Sich-Aussprechens, Sich-Kennenlernens, Sich-Näherkommens in einer Atmosphäre des Vertrauens. Sie vermag kein politisches Meeting zu schaffen, sondern lediglich die Gewißheit, in dem Gesprächspartner seinen „Nächsten“ zu sehen, der nach altem christlichem Gesetz den Anspruch erheben kann, als solcher aufgenommen, respektiert, ja in brüderlicher Gesinnung geliebt zu werden — gleichgültig, wo immer in Deutschland sich dieses Zusammentreffen abspielt, ob jetzt in Frankfurt oder vorher in Hamburg oder Berlin. Ein Politikum — das ist dieses Demonstrieren von 55 000, die stellvertretend für Millionen stehen, in seiner Wirkung auf die Welt. Mahnung und Beweis zugleich: daß es eine tatsächliche Einheit der Menschen gibt, die nicht auf leicht veränderlichen Zufälligkeiten beruht, sondern auf einer in den Regionen des Religiösen wurzelnden Festigkeit. Diese Einheit besteht, auch wenn gerade auf dem diesjährigen Kirchentag unterschiedliche Meinungen zu den Gegenwartsfragen laut werden sollten.

Allerdings ist das ein anderes Klima, als es im Bereich des Nur-Politischen, speziell in der Ost-West-Auseinandersetzung herrscht. Daß dieses Klima möglichst weit in die politischen Bezirke vordringe, wäre zu wünschen, weil es sich dort nur fruchtbar auswirken könnte. Hinzukommt, daß die Politik den Kirchentag als eine Versammlung von Menschen beachten sollte, die ein sehr bedredtes Zeugnis ablegen. Die Tagung, die bei aller theologischen Grundhaltung hauptsächlich aber als Sammlung der evangelischen Laienbewegung anzusehen ist, wächst bewußt über den so oft zitierten „kirchlichen Raum“ hinaus, veranlaßt

Aufsässige LDP-Mitglieder

DT. Nicht nur in den unteren Parteigliederungen der SED benehmen sich viele Mitglieder renitent; die Abrechnung mit Stalin und das Versprechen scheinbarer Meinungsfreiheit wirkt sich jetzt auch in den „bürgerlichen“ Parteien der Zone aus. Die Kritik an der Parteiführung wird vor allem bei den „Liberalen“ der LDP geübt. Das Zentralorgan dieser Partei muß offen zugeben, daß „manche Parteifreunde“ den Vorwurf erheben, die Partei sage „zu allem ja“, was in der Zone geschehe und habe die „eigene selbständige Parteipolitik aufgegeben“. Für die nicht-kommunistischen Parteien ist ein derartiges Aufbegehren der Mitglieder besonders peinlich, weil sie nicht über die straffe Parteidisziplin der SED nebst entsprechenden und sehr weittragenden Parteistrafen verfügen. Die SED kann unter Berufung auf die ideologischen Richtlinien der allein maßgeblichen KPdSU, also der Sowjetführung, aufsässige Mitglieder ohne große Schwierigkeiten zur Räson bringen; Ost-CDU und LDP können sich auf keinen großen Bruder in Moskau berufen. Und wenn in ihren Reihen Widerstand einsetzt, ist es noch gar nicht erwiesen, ob die SED mit ihrer Macht zu Hilfe eilt oder lächelnd das Schauspiel bei den Rest-Bürgerlichen ihres Machtbereiches beobachtet.

Diese Gefahr erkennen die in Amt und Würden sitzenden hohen Funktionäre der nicht-

kommunistischen Zonenparteien sehr genau. Ihre einzige Vorbeugungsmaßnahme ist: noch näher heran an die SED. Devot bietet man sich jetzt deshalb an wie nie zuvor. Es war Nuschke von der Ost-CDU, der den heftig kritisierten Ulbricht ausdrücklich verherrlichte. Und gestern war es das LDP-Zentralorgan, das die LDP zwar als Interessenvertretung des „Mittelstandes“ hinstellte, gleichzeitig aber die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ in selbstlos-selbstverachtender Weise als „stärkste Kraft im Volke“ bezeichnete. Die Existenzberechtigung einer Partei ist aber nicht mehr gegeben, wenn sie sich derart einer anderen unterstellt. Die Mitglieder spüren genau, daß die Regierung der DDR keine „große Koalition“ im üblichen Sinne ist.

Innerhalb der LDP wird ein sehr konkreter Vorschlag gemacht, die theoretisch neu verbürgten demokratischen Spielregeln praktisch zu verwirklichen, nicht etwa, weil man das wirklich für durchführbar hält, sondern weil man verärgert die Parteiführung in ihrer Abhängigkeit und verwachsenen Profillosigkeit anprangern will. Der Vorschlag: die LDP möge als Mittelstands-Partei in die Opposition gehen! Weil dieser Gedanke in einer normalen Demokratie natürlich, in einer sogenannten Volksdemokratie aber absurd ist, wird schon

Wieder weniger Arbeitslose

Nürnberg (AP). Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat sich im Juli um 49 303 auf 429 543 weiter verringert und hat damit einen neuen Tiefstand erreicht. Dies teilte die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung in Nürnberg mit.

Von den rund 429 000 Erwerbslosen sind 194 425 Männer und 235 118 Frauen.

durch diese Unterschiedlichkeit der Auffassungen die allzu enge Grenze der demokratischen Freiheiten in der Zone klar. Immerhin sieht sich das LDP-Zentralorgan veranlaßt, eine vorgeschlagene „Oppositionspolitik“ abzulehnen mit der Begründung, sie käme der westdeutschen Großindustrie, nicht aber den breitesten Schichten des Mittelstandes zugute.

Jedoch werden diese Mittelstands-Interessen nicht etwa klar herausgearbeitet, um sie in Regierung und Parlament deutlich vertreten zu können, sondern es wird angeblich ein gemeinsamer Standpunkt mit der SED konstruiert, was nichts anderes heißt, als daß die wirklichen Mittelstandsinteressen der mittelstandsfreundlichen, aber als Führungspartei anerkannten SED geopfert werden. Ein Parteiwesen hat seine Berechtigung vollends verloren, wenn sich seine Führung zu einer Einheitspolitik um jeden Preis bekennt, sogar mit dem natürlichen parteipolitischen Gegenspieler. Das LDP-Zentralorgan gesteht ein, daß Parteiöffentlichkeit und Mittelstand zu wenig an den „klärenden Diskussionen“ teilnehmen konnten, die von den Parteiführern in der Regierung, den Ausschüssen, der Volkskammer und in der Nationalen Front geführt worden seien. Das wird aber auch künftig nicht anders werden. Denn wer in diese höheren Gremien der Zonenführung berufen wird, muß linientreu sein im Sinne der kommunistisch bestimmten Blockpolitik. Und gerade dagegen wehren sich ja die auf verlorenem Posten stehenden kleinen Rebellen in den untersten Gliederungen der Satellitenparteien.

Klammer zwischen Ost und West

Fortsetzung von Seite 3

durch die Überzeugung, daß Christentum mehr sein soll als gottesdienstliche Handlung. Außerhalb des kirchlichen Raumes aber gewinnt das Zusammentreffen unwillkürlich eine Bedeutung, die sich über die konfessionelle Begrenzung hinweg ausdehnt. Dieses Charakteristikum, das alle bisherigen Kirchentage aufwies, wird die Frankfurter Tagung verstärkt kennzeichnen: Dort wird nicht von irgendeiner Gruppe Jahrestag abgehalten, sondern es werden die tiefsten Anliegen der

Deutschen aus Ost und West gemeinsam zur Kenntnis gebracht.

Mehr Fahrten nach Berlin

Flensburg (DPA). Der Interzonenstraßenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin ist im zweiten Vierteljahr 1956 gegenüber dem ersten Vierteljahr erheblich angestiegen. Wie das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg mitteilte, wurden in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1956 in beiden Richtungen 230 000 Kraftfahrzeuge gegenüber 134 000 im ersten Vierteljahr gezählt.

So sind sie wirklich:

Der „deutsche Weg zum Sozialismus“

Zu den jüngst politisch amnestierten SED-Funktionären gehört auch der ehemalige Politbüro Kandidat und stellvertretende Außenminister Anton Ackermann, der heute als Hauptabteilungsleiter für das Filmwesen unter Quarantäne steht. Dieser Ackermann, der im Herbst 1953 als Angehöriger der „Zaisser-Herrnstadt-Fraktion“ ausgegeben und politisch ausgeschaltet wurde, ist eine der interessantesten Figuren des deutschen Kommunismus. Er ist der Mann, der Ulbrichts heutigen verhängnisvollen Weg bereits in früher Zeit durchschaute...

Name: Eugen Hanisch

Der Name Anton Ackermann wurde 1923 auf der Moskauer Lenin-Schule geboren. Sein Träger, Eugen Hanisch, erblickte am 1. Weihnachtsfeiertag des Jahres 1905 in Thalheim (Erzgebirge) das Licht der Welt. Er wurde Strumpfwirker wie sein Vater und trat mit 14 Jahren der Freien Sozialistischen Jugend bei, 1926 Mitglied der KPD, wurde er rasch Parteisekretär für Vogtland und das Erzgebirge, bis die Berliner Kaderfunktionäre den ungewöhnlich begabten Jungkommunisten 1928 nach Moskau schickten. Hier absolvierte der nunmehrige Anton Ackermann nach vier Jahren die Lenin-Universität, die Kaderschmiede aller heutigen KP-Führer. Anschließend arbeitete er für ein Jahr in der Deutschland-Abteilung der Komintern. Der Machtantritt Hitlers verwandelte seinen Moskau-Aufenthalt in eine langjährige Emigration. Seit 1935 gehörte Ackermann hier zur Parteiführung der nicht mehr existenten KPD. Nur 1936/37 verließ er die Sowjetunion, um am spanischen Bürgerkrieg teilzunehmen. Er erwies sich als seinen Genossen taktisch und politisch weitaus überlegen und es gab nicht wenige, die ihm den gleichen Genickschuß wie einem Hans Beimler wünschten.

In Moskau, bei gemeinsamer Arbeit am Sender des „Natio-

ANTON ACKERMANN

nalkomitee Freies Deutschland“, heiratete Ackermann Elly Schmidt, die damals „Irene Gärtner“ hieß. Später, als er bereits die Stufe eines Staatssekretärs im SED-Staat erklommen hatte, ließ er die Schmidt im Stich, um mit dem gemeinsamen Kindermädchen die Ehe einzugehen.

„Der deutsche Weg...“

Nach 1945 gehörte Ackermann sofort zu den Führern der deutschen Kommunisten und wurde allgemein als deren Theoretiker angesehen. 1946 wurde er Mitglied des damaligen SED-Zentralsekretariats, um 1950 als Kandidat im Politbüro Platz zu nehmen. Von 1946 bis 1948 entwickelte er jene Theorie von einem gesonderten „Deutschen Weg zum Sozialismus“. Er vertrat die Ansicht, die in den letzten Monaten bedingt von Ulbricht aus Moskau übernommen werden mußte, daß die deutschen Kommunisten nicht unbedingt auf dem von Stalin eingeschlagenen sowjetischen Weg zum Sozialismus schreiten müßten. Diese Theorie wurde von dem Stalinisten Ulbricht auf das Schärfste bekämpft und Ackermann mußte 1948 seine Theorie öffentlich widerrufen.

Ackermann hat diesen Widerwurf gegen seine Überzeugung

Bonn zur Suez-Konferenz

Bonn (AP/DPA). Das Bundeskabinett hat auf einer Sondersitzung beschlossen, die Einladung der Westmächte zur Teilnahme an der Suez-Konferenz anzunehmen. Außenminister von Brentano wird die deutsche Delegation führen.

Ein Sprecher teilte nach der Sondersitzung mit, die Bundesregierung hoffe, daß es ihr möglich sein werde, einen Beitrag zum Gelingen der Konferenz und zu einer friedlichen Lösung zu leisten.

geleistet. Er war der erste leitende SED-Funktionär, der die katastrophalen Auswirkungen der Ulbrichtschen Fünfjahrpläne voraussehen vermochte und vergeblich auf die besondere Situation Mitteldeutschlands hingewiesen hat. Der 17. Juni 1953 gab ihm Recht. Und Ulbricht, der Ackermann alles abzubitten gehabt hätte, schickte den vergeblichen Mahner nach Leipzig, um dort „Ruhe zu schaffen“.

„Wir brauchen eine neue Politik!“

Vor den Arbeitern des Leipziger VEB „Bodenbearbeitungsgeräte“ hielt Ackermann unmittelbar nach dem Juni-Aufstand eine Rede, deren Wortlaut heute in keinem Parteiarchiv mehr zu finden ist. „Wir brauchen eine neue Politik!“ sagte er. „Die anomalen Investitionen in die Schwerindustrie waren der entscheidende Fehler!“ Und Ackermann widerlegte mit harten politökonomischen Argumenten die Theorie Ulbrichts, wonach die Schwerindustrie die Grundvoraussetzung für eine Hebung des Lebensstandards in der Sowjetzone ist.

Nur die „Leipziger Volkszeitung“ hat diese Rede veröffentlicht, dann wurde sie verboten. Ackermann mußte sich vor dem Politbüro verantworten, und als Zaisser und Herrstadt abtreten mußten, entthob man auch ihn Zug um Zug seiner Schlüsselfunktionen. Als Hauptabteilungsleiter „Film“ im Becherschen Kultus-Ministerium hatte er fortan die Lustspielproduktion der DEFA zu aktivieren. Er, ein Mann, dessen Gedanken mehr als die eines jeden anderen Politbüromitgliedes die ökonomische Zukunft der Zone zu deuten vermochten.

Nun ist er rehabilitiert. Aber seine Theorien stehen auf dem Index nach wie vor. Ulbricht hat immer noch Furcht vor diesem Eugen Hanisch, der es wagte, ohne Stalin zu denken,

Der Fall Kreikemeyer Seine Frau appellierte an Grotewohl

Im Gegensatz zu den blutigen stalinistischen Säuberungen in Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei hatten die gleichartigen Aktionen Ulbrichts bisher nur ein Todesopfer gefordert. Der ehemalige Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Lex Ende, der im Urangebiet von Freiberg eines mysteriösen Todes starb, schien der einzige Name auf der Verlustliste der SED zu sein. Seit einigen Tagen jedoch ist die Diskussion um das Schicksal des ehemaligen SED-Reichsbahnpräsidenten Willi Kreikemeyer wieder aufgeflammt. Kreikemeyers heute in der Bundesrepublik lebende Frau hat sich in einem offiziellen Brief an Grotewohl gewandt und unter Berufung auf die Rehabilitierung ihres Mannes Aufklärung über dessen Schicksal verlangt.

Frau Kreikemeyer gehört zu den Frauen jener Ulbrichtischen Opfer, die — soweit sie nicht selbst den Gang durch die Gefängnisse antreten mußten — jahrelang vergeblich Briefe an Grotewohl schrieben, um etwas über das Schicksal ihrer Männer zu erfahren. Erst als sie keine Hoffnung mehr auf Antwort sah, gab Frau Kreikemeyer den Inhalt ihres Briefes über den westlichen Rundfunk bekannt. Was aber ist inzwischen mit dem ehemaligen Präsidenten der RBD geschehen?

Schwerkrank verhaftet

Kreikemeyer gehört zu den mutmaßlichen Todesopfern der Stalinschen Säuberung. Seine Verhaftung erfolgte im September 1950, als das SED-Zentralorgan die Erklärung Ulbrichts veröffentlichte: „Wegen Verbindung mit dem Agenten der amerikanischen Spionage Noel H. Field und umfangreicher Hilfe für den Klassenfeind werden Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willi Kreikemeyer, Lex Ende und Maria Weiterer aus der Partei ausgeschlossen.“ Bis zu diesem Tage gehörte Kreikemeyer zu den gefeiertsten Veteranen der rotspanischen „Internationalen Brigaden“ und der französischen Résistance. Nun hatte Ulbricht unter Berufung auf die unentschlossene Haltung der französischen Emigrationsgruppe während der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes die in Budapest und Sofia auf der Folter erpreßten Aussagen eines Rajk und Kostoff gegen seine Mitgenossen verwandt und deren politischen Tod verfügt. Kreikemeyer befand sich zur

Zeit dieses ZK-Beschlusses in einem Kurort, um sich einer Leisten- und Nabelbruchs-Operation unterziehen zu lassen. Als er die Ulbricht-Erklärung in der Zeitung las, eilte er Stunden vor der Operation schwerkrank nach Berlin, um sich zu verantworten. Beim Betreten der Generaldirektion in der Voßstraße wurde er von SSD-Beamten verhaftet. Reichsbahnangestellte berichteten später, Kreikemeyer sei in einem Sondertriebwagen unter MWD-Bewachung über Frankfurt/Oder und Erest-Litowsk in die Sowjetunion gebracht worden. Man habe ihn auf einer Bahre fortgetragen.

Was sagt Ulbricht?

Seit diesem Tag ist Willi Kreikemeyer verschwunden. Französische Kommunisten haben sich vergeblich an Grotewohl und Stalin gewandt, niemand hat eine Antwort erhalten. Der einzige, der die Fragen beantworten könnte, Walter Ulbricht, schweigt. Er setzte

Erwin Kramer als Kreikemeyers Nachfolger und späteren Verkehrsminister ein und Kramer ließ in der gesamten Reichsbahndirektion Resolutionen gegen „den Verräter und Agenten“ eintreiben. Später behauptete Ulbricht in einer Parteirede, Kreikemeyer habe während des Berliner S-Bahn-Streiks im Mai/Juni 1949 „als Präsident der Reichsbahndirektion Berlin“ den US-Behörden „mehrere Loks in die Hände gespielt“. Wobei Ulbricht peinlicherweise übersah, daß zu dieser Zeit der SED-Mann Schmittke Ostberliner Reichsbahnpräsident war und Kreikemeyer auch aus anderen rein technischen Gründen gar keine Einflußnahme auf hiesige Lokomotiven besaß.

Dieser und andere Punkte haben niemanden gehindert, Kreikemeyer an die Sowjets auszuliefern. Sein ihm damals behandelnder Arzt gab ihm ohne stationäre Behandlung noch sechs Wochen Lebenszeit. Was haben die Sowjets mit Kreikemeyer gemacht?

Field ist freigelassen, Rajk und Kostoff wurden nach dem Tode rehabilitiert. Ulbricht mußte vergangene Woche auch die Gruppe Merker-Ende-Kreikemeyer rehabilitieren. Dabei hat er weder Lex Endes noch Kreikemeyers Schicksal mit nur einem Wort erwähnt. In Moskau sprach man erst drei Jahre nach Stalins Tod über das Schicksal seiner Opfer. Wann wird die Öffentlichkeit das Schicksal der Opfer des 1. SED-Sekretärs erfahren?

Stalin mußte weichen

Kolossalstatue in Leipzig abgetragen

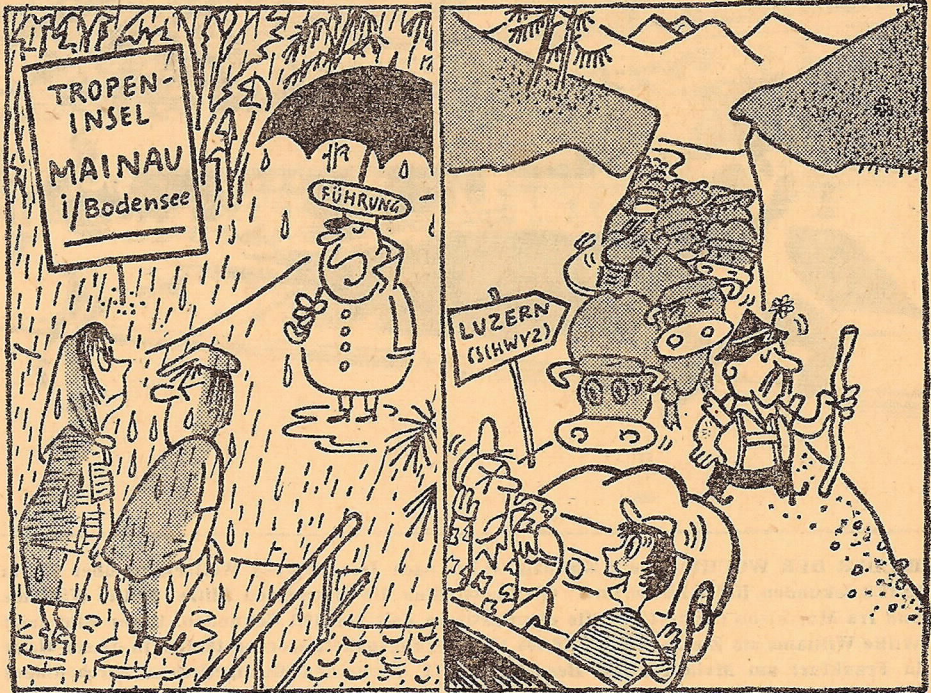
Leipzig (AP). Die Kolossalstatue J. W. Stalins auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz (früher Augustus-Platz) ist in den letzten Wochen stillschweigend beseitigt worden. An der gleichen Stelle wurde jetzt mit den Ausschachtungsarbeiten für die Fundamente der neuen Oper begonnen. Über den Verbleib des aus Metall gegossenen Denkmals ist nichts bekannt geworden. Jedoch versicherten Funktionäre der Stadtverwaltung, daß an eine

Aufstellung des Denkmals an anderer Stelle nicht gedacht sei.

Urteil gegen KPD noch im August

Karlsruhe (DPA). Mit dem Urteil im KPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wird, wie in Karlsruhe verlautet, noch in diesem Monat gerechnet. Ein genauer Zeitpunkt der Urteilsverkündung wurde jedoch noch nicht bekanntgegeben.

Meine im Urlaub



„Meine Herrschaften, Sie haben das große Glück, einen seltenen, aber anhaltenden Tropenregen zu erleben!“

„Hast Du doch schon in der Schule gelernt: Durch diese hohle Gasse muß er kommen...!“

Verständigung oder Gewalt?

(Fortsetzung von Seite 2)

gibt sich hieraus ein neues, unheimliches Risiko: man weiß nur, wo die Gewalt beginnt, aber man weiß nie mit Sicherheit, wo sie endet

Antwort auf eine Frage

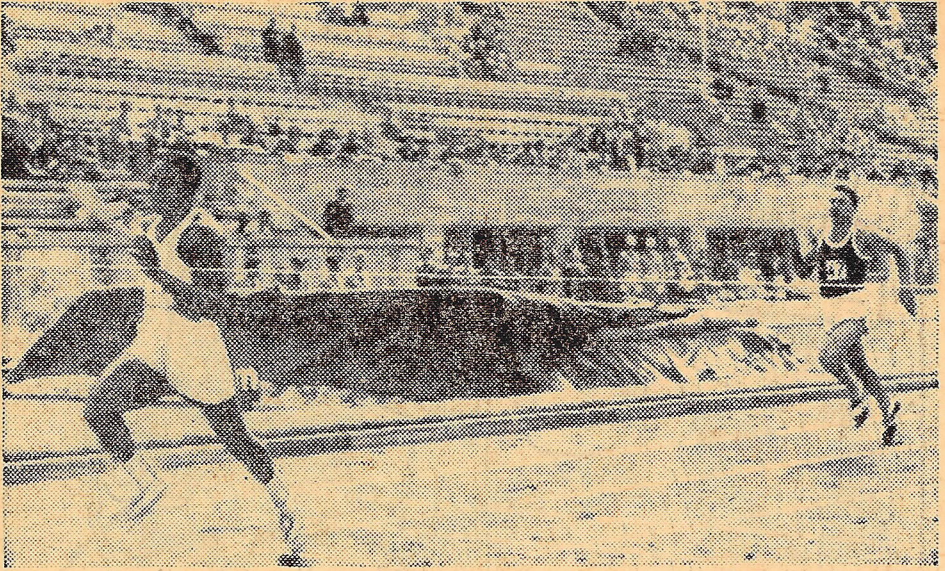
Wir beziehen in der Ausgangsfrage des Konflikts, eben in der Frage der einseitig erfolgten Verstaatlichung des Suezkanals, keine ideologische oder doktrinaire Position. Sie ist stets die schlechteste Haltung, die man gegenüber einem fremden Streit einnehmen kann. Wir haben also nicht das Geringste dagegen, wenn Ägypten nach Ablauf der Konzession den Kanal verstaatlicht oder den bisherigen Zustand bestehen läßt. Das liegt dann in seinem

Ermessen. Aber wir haben eine Abneigung gegen ein rechtlich unkorrektes Verfahren, das zwangsläufig mit dem Risiko kriegerischer Verwicklungen belastet ist. Nur die korrekte Wahrung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Beziehungen ist das, was uns interessiert, — und dazu die Erwartung, daß die Rechtsverletzung des einen möglichst nicht mit der Gewalt des anderen beantwortet, sondern durch gerechte Verständigung wieder ausgeglichen wird. Es bedarf, nachdem auf beiden Seiten extreme Positionen bezogen sind, einer großen Klugheit und der guten Vermittlung Dritter, wenn im Suez-Konflikt dieses Ziel noch erreicht werden soll.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Büxenstein, GmbH. Manfred-von-Richthofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE: Oben: Zwanzig Jahre nach Jesse Owens Weltrekord über 100 m in 10,2 Sekunden, liefen im Berliner Olympiastadion die „schwarzen Blitze“ Willie Williams und Ira Murchison (beide USA) die phantastische Zeit von 10,1 Sekunden. Unser Bild zeigt Willie Williams am Ziel. — Unten: 16 000 Verpflegungspakete werden täglich in dieser Halle in Frankfurt am Main für die Besucher des 7. Deutschen Evangelischen Kirchentages ausgegeben.

